



MFN-Info

2/2014

21.02.14

Sehr geehrte Mitmenschen,

2008 habe ich mit Gleichgesinnten eine freie Wählergruppe gegründet. Wir haben uns zum Ziel gesetzt uns nicht an den parteipolitisch geprägten und oft unsinnigen Streitereien zu beteiligen, die in Nideggen zur Gewohnheit geworden waren. Statt dessen wollen wir sachlich und konstruktiv die Interessen aller Menschen in Nideggen vertreten.

2009 haben wir vor der Kommunalwahl ein Programm beschlossen, das sich wesentlich von den anderen Programmen unterscheidet: Es galt vor der Wahl, es galt nach der Wahl, es gilt weiterhin.

**Wir werden uns an dieses Programm halten.
Wir wollen, dass Sie uns an diesem Programm messen.**

Deshalb erklären wir in dieser MFN-Info wie wir unser Programm verstehen.

Wir vertreten nicht unsere Interessen oder die unserer Wähler. Wir vertreten die Interessen aller Menschen in Nideggen.

Wir sind parteipolitisch nicht gebunden. Wir sind weder Ortsteilen noch Vereinen oder Verbänden verpflichtet. Wenn wir uns für berechtigte Anliegen einzelner Interessengruppen einsetzen, dann tun wir das erst, wenn wir die Auswirkung auf die Interessen anderer Gruppierungen und auf das Zusammenleben der Menschen in Nideggen berücksichtigt haben. Mehrheiten dürfen Minderheiten nicht überfahren.

Wir lehnen Fraktionszwang und Koalitionsbildungen ab. Sie haben in der Kommunalpolitik keine Berechtigung.

Im Bund und in den Ländern sind Koalitionen notwendig, wenn keine Partei über die absolute Mehrheit verfügt. Sie sollen für stabile Mehrheiten und verlässliches Regierungshandeln sorgen, auch in der Vertretung nach außen. In einer kleinen Gemeinde mit ca. 10.000 Einwohnern trifft das nicht zu. Der Rat bildet keine Regierung, sondern soll Beschlüsse zur Verwaltung der Stadt treffen. Die Bürgermeisterin hat sie umzusetzen. Der Rat hat das zu kontrollieren. Diese Aufgabe wurde und wird in Nideggen sträflich vernachlässigt. Der Schuldenstand ist eine direkte Folge. Statt eine Koalition mit einer anderen Fraktion zu bilden und damit zu Kompromissen auch gegen unsere Überzeugung gezwungen zu werden, entscheiden wir im Einzelfall mit wem wir einen gemeinsamen Antrag stellen. Innerhalb unsere Fraktion diskutieren wir offen mit einander und versuchen zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen. Das hindert keinen, bei seiner Meinung zu bleiben und entsprechend abzustimmen.

Wir werden jeden Antrag unvoreingenommen prüfen, Vor- und Nachteile in offener Diskussion besprechen und dann selbständig nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden.

Nideggens Fraktionen wetteifern oft mit dem Ziel Anträge als "eigene" zu reklamieren und durchzusetzen. Anträge "anderer" werden dann aus Prinzip abgelehnt. Die Grünen haben die jahrelange Erfahrung hinter sich, dass allein ihr Briefkopf für die sichere Ablehnung ihres Antrags sorgte. Seit sie mit SPD und Unabhängigen ihre Bürgermeisterkandidatin durchsetzen konnten, haben sie diese unsinnige Mehrheitspraxis eifrig selbst genutzt. CDU und FDP haben sie anfangs dabei leichtfertig unterstützt. Zum Nutzen Nideggens war das nicht. Unser Ansatz einen Bürgerbusverein zu gründen, unser Versuch wenigstens Wollersheim zu günstigen Bedingungen mit einer vernünftigen DSL-Anbindung zu versorgen oder unser

Versuch zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten der Verwaltung an Brückentagen zu kommen: Gescheitert an der Unvernunft! Wir wollen dieses kindische Verhalten nicht kopieren. Für uns ist der sachliche Inhalt eines Antrages das einzige Beurteilungskriterium.

Wir wollen Argumenten zuhören und auf sie eingehen. Wir wollen überzeugen, aber wir sind auch bereit uns überzeugen zu lassen.

Wenn wir innerhalb der Fraktion über einen Tagesordnungspunkt diskutiert haben und zu einer gemeinsamen Meinung gekommen sind, glauben wir alle Aspekte berücksichtigt zu haben. Oft genug hat unsere Fraktion dann in der Sitzung neue zusätzliche Argumente gehört, die es wert waren berücksichtigt zu werden. Für uns ist es dann eine Selbstverständlichkeit, sich überzeugen zu lassen.

Wir argumentieren nur mit Tatsachen, von deren Richtigkeit wir uns überzeugt haben und deren Wahrheitsgehalt belegen können. Wenn wir irrtümlich oder versehentlich von der Wahrheit abgewichen sein sollten, werden wir das sofort an gleicher Stelle und im gleichen Teilnehmerkreis richtig stellen.

Dieser Programmpunkt liest sich einfach. Wir haben festgestellt, dass er uns vor hohe Herausforderungen stellt. Zu viele Behauptungen sind in Nideggen in die Welt gesetzt und so oft wiederholt worden bis sie scheinbar zu Wahrheiten wurden. Diesem Trend wollen wir nicht folgen. Das zwingt uns oft zu zeitraubenden Nachforschungen, um an den tatsächlichen Sachverhalt zu kommen. Wir wollen uns dieser Aufgabe weiterhin stellen. Unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen in den Raum zu stellen, ist einfacher. Wir wollen das nicht!

Wir werden vor jeder Ratsitzung über die anstehenden Entscheidungen öffentlich beraten. Zu diesen Beratungen laden wir alle interessierten Bürger ein - nicht nur unsere Mitglieder. Wir wollen ihre Meinung kennen und berücksichtigen.

An unseren Fraktionssitzungen kann jeder teilnehmen, der zuhören oder mitreden will. Dazu muss man weder Mitglied sein, noch werden wollen. Dass wir einzelne vertrauliche Tagesordnungspunkte (Personalfragen, Vertragsangelegenheiten) nicht in Gegenwart von Besuchern besprechen, hat bisher jeder akzeptiert. Das Interesse der Öffentlichkeit hält sich in Grenzen. Um so mehr freuen wir uns über Neuzugänge, die von unserer pragmatischen Vorgehensweise so angetan waren, dass sie uns jetzt unterstützen.

Was haben wir erreicht:

Mit 4 (von 26) Ratsmitgliedern ist unsere Fraktion gegen eine anfangs geschlossene Koalition der anderen Fraktionen angetreten. Das hat uns nicht beirrt. Wir haben uns konsequent an unser Programm gehalten. Wir haben eindeutige Fehler der Bürgermeisterin aufgeklärt. Wir haben unter anderem festgestellt, dass sie rechtswidrig, weil unzuständig, den Nidegger Beitrag zum Rureifeltourismus e.V. erhöht und den Kreuzauer Windrad-Plänen zugestimmt hat. Die Ratsmehrheit stimmte diesen Feststellungen zu. Wir konnten gemeinsam mit CDU und FDP den Plan, alle Bürger den gleichen Bedingungen zum Kanal-TÜV zu unterwerfen, verhindern. In Nideggen soll nur das getan werden, was zwingend gesetzlich gefordert ist. Wir konnten, ebenfalls mit CDU und FDP, bei der Windkraft-Planung das Schlimmste verhindern.

Was können wir wirklich erreichen:

- Ohne die Änderung der Landespolitik gegenüber kleinen Flächengemeinden sind wir chancenlos. Solange das Land zu wenig Geld zur Finanzierung der Kommunen bereitstellt und solange das Land dieses wenige Geld bevorzugt in Großstädte (= höhere rot/grüne Stimmenanteile) lenkt, werden ländliche Gemeinden ausgehungert.
- Der Rat hat keinen Gestaltungsspielraum! Er kann eine Vorgartensatzung erlassen, die nur Gartenzwerge mit roten oder grünen Mützen erlaubt. Viel mehr kann er nicht!
- **Was wir können und müssen ist: Sparen mit Vernunft!**
- **Wir können und müssen das Schlimmste verhindern!**

Menschen für Nideggen
www.menschen-für-nideggen.de

1. Vorsitzender: Heinrich Esser, Kleine Königstr. 57, 52385 Nideggen